

Kerstin Griese MdB  
Gastvortrag beim 31. Abend der Begegnung  
Diakonisches Werk Oldenburg  
17. Mai 2016, Oldenburgischer Landtag

Sperrfrist: Redebeginn | Es gilt das gesprochene Wort

## Perspektiven von Kirchen und Wohlfahrtsverbänden in herausfordernden Zeiten

Lieber Bischof Janssen, lieber Herr Feld, lieber Uwe Kollmann,  
liebe Ehrengäste, sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Einladung zu Ihrem Abend der Begegnung. Sie haben mich gebeten, zu den **aktuellen Herausforderungen für Kirche und Diakonie**, ja für unsere Gesellschaft zu sprechen. Das tue ich gerne. Denn ich bin **Sozialpolitikerin**, deren Herz besonders für die Menschen schlägt, die Unterstützung brauchen. Und ich spreche zu Ihnen aus der Sicht einer **evangelischen Christin** in der Politik, für die das Engagement für die Benachteiligten unabdingbar zum gelebten Glauben dazu gehört. Deshalb habe ich mich besonders gefreut, dass **Diakonie und evangelische Kirche** zu diesem Abend gemeinsam einladen.

### I. Flüchtlinge

Die erste Herausforderung, über die ich sprechen möchte, ist eine, die uns alle intensiv beschäftigt. Unser Land verändert sich, weil viele Menschen Deutschland als ihr **Land der Hoffnung** entdeckt haben, in das sie aus Krieg, Gewalt, Terror und Verfolgung **fliehen**. Als Historikerin, die sich lange mit der Zeit des Nationalsozialismus beschäftigt hat und viele Zeitzeugen interviewt hat, hat es mich sehr berührt, dass die Holocaust-Überlebende **Ruth Klüger**, die inzwischen 85 Jahre alt ist, in der Gedenkstunde des Bundestages im Januar gesagt hat, dass „dieses Land, das vor 80 Jahren für die schlimmsten Verbrechen verantwortlich war, ... heute den Beifall der Welt gewonnen“ hat.

Ja, unser Land hat sich verändert und verändert sich weiter. Wir haben die Bilder vor Augen: von den vielen **Geflohenen**, die bei uns Schutz suchen und die oft einen schlimmen Fluchtweg hinter sich haben. Und von den vielen Menschen, die seit Monaten in ihren Städten und Gemeinden die Flüchtlinge **willkommen** heißen, Betten aufbauen, Kleidung spenden, Lebensmittel verteilen, zusammen kochen und spielen, bei Ämtergängen helfen und vieles mehr. Ich habe in den letzten Monaten oft das Gefühl, dass die Flüchtlinge in unserem Land eine Seite geweckt haben, von der wir gar nicht wussten, dass es sie gibt. Dass so viel **Mitgefühl und Zeit und Energie** gespendet wird, um Menschen zu helfen, das ist großartig, und allen, die sich haupt-oder ehrenamtlich dort engagieren, den vielen in den Kirchengemeinden, in den Kommunen, bei der Diakonie, sage ich ein großes und herzliches **Dankeschön!**

Es wird für unsere Zukunft entscheidend sein, wie wir mit den **Flüchtlingen** umgehen, wie wir sie in unsere Gesellschaft aufnehmen. Das wird bestimmen, wie sie sich integrieren können und wie wir gemeinsam unsere Gesellschaft verändern. **Integration** ist immer ein Prozess von zwei Seiten.

Nach der Registrierung, Unterbringung und ersten Versorgung geht es jetzt und in den nächsten Jahren um die **Integration** der Menschen, die zu uns geflohen sind und die bei uns bleiben. Das ist eine große und langfristige Aufgabe. Um den Geflüchteten eine rasche Integration in unsere Gesellschaft zu ermöglichen, braucht es vor allem dreierlei: **Sprache, Bildung und Arbeit**. Deshalb beschäftigen wir uns in der Politik zurzeit intensiv mit dem Ausbau von Integrations- und Sprachkursen, mit Kita- und Schulplätzen, mit finanzieller Unterstützung der Länder und Kommunen und – im Ausschuss für Arbeit und Soziales – ganz besonders damit, wie Integration in Arbeit gelingen kann. Es geht darum, wie Qualifikationen festgestellt werden können, wie **Sprachkurse und Ausbildung** sinnvoll vernetzt werden können, wie die große und vorhandene Bereitschaft der **Wirtschaft**, der Unternehmen, des Handwerks, bei der Aufnahme zu helfen, gut umgesetzt werden kann.

Um die Dimension deutlich zu machen: Wir rechnen damit, dass etwa 350.000 Flüchtlinge im erwerbsfähigen Alter – die Hälfte der Flüchtlinge ist ja recht jung, unter 25 Jahren –, die dauerhaft bleibeberechtigt sind, in den Arbeitsmarkt aufge-

nommen werden müssen. Die meisten von ihnen brauchen erst einmal eine gute Ausbildung.

Hier zählt die Politik weiter auf Ihr Engagement, denn die Diakonie verfügt mit ihren Trägern über wichtige Erfahrungen mit Maßnahmen zur Integration in Arbeit. Jetzt kommt es auf eine gute Zusammenarbeit von **Kommunen, Diakonie und Kirchengemeinden** an. Sie haben hier in der Region bereits viele Erfahrungen gemacht, sowohl mit einer großen jesidischen Gemeinde in Oldenburg als auch mit einer großen syrischen Gemeinde in Delmenhorst. Auch diese Zusammenarbeit kann entscheidend dazu beitragen, dass Integration von Flüchtlingen gelingt. Meine Erfahrung ist überhaupt, dass in kleineren Städten und im ländlichen Raum das Miteinander oft schneller und unkomplizierter gelingt als in der Großstadt. Hier liegt auch eine Chance für die **ländlichen Räume**, die ja in einigen Teilen Deutschlands mit hoher Abwanderung zu kämpfen haben.

Wir arbeiten im Bundestag gerade an einem **Integrationsgesetz** – übrigens dem ersten, das es in Deutschland geben wird. Das ist ein außerordentlich wichtiger Schritt, weil es zum ersten Mal anerkennt, dass Integration Aufgabe unseres Staates ist. Ich bin sehr froh, dass sich die Sozialpolitiker in den in durchaus nicht einfachen Verhandlungen in der Bundesregierung durchsetzen konnten. Das reicht aber allein nicht aus, meine ich. Wir müssen unser **Grundrecht auf Asyl** verteidigen und schützen, das steht außer Frage. Damit aber nicht alle, die zu uns kommen, Asyl beantragen, auch wenn sie keinen Asylgrund haben, müssen wir darüber hinaus andere, legale Wege der Zuwanderung eröffnen. Deshalb muss – so meine ich – als weiterer Schritt ein **Einwanderungsgesetz** folgen.

Integration gelingt am besten, wenn Menschen zusammen kommen, in der Kita, in der Schule, in der Gemeinde oder am Ausbildungsplatz. Wenn **aus den Fremden Nachbarn und Kollegen** werden. Dazu braucht es Menschen, die sich dafür engagieren. Am Sonntag war ich im **Pfingstgottesdienst**, und da haben wir das schöne Lied „Aufstehn, aufeinander zugehn“ gesungen, viele werden es kennen. Die letzte Strophe hatte für mich ganz neue Bedeutung angesichts der aktuellen Situation, dort heißt es:

*„Dass aus Fremden Nachbarn werden, das geschieht nicht von allein.  
Dass aus Nachbarn Freunde werden, dafür setzen wir uns ein.“*

## II. Europa

Ich komme zu einer zweiten aktuellen Herausforderung: **Europa – und der Frage, wie wir mit dem christlichen Erbe in Europa umgehen**. Pfingsten hat uns ja gerade wieder daran erinnert, wie wunderbar Kommunikation ohne Sprachschwierigkeiten sein kann. Eine Freundin hat mir erzählt, wie sie ihren syrischen Nachbarn Pfingsten erklärt hat, und die haben sich ein kleines Pfingstwunder im Deutschkurs gewünscht, wo es gerade etwas schleppend läuft.

In der Süddeutschen Zeitung hat Heribert Prantl **Pfingsten als die „gute Globalisierung“** bezeichnet, als „vielleicht die älteste Globalisierungsgeschichte“. Und in der Tat kann Pfingsten uns auch in den aktuellen Fragen Vorbild sein. Denn alle dürfen **verschieden bleiben**, aber sie verstehen sich, ein gemeinsamer Geist wird offenbar.

Der Journalist warnt vor der Entwicklung in Europa. In Europa sei „**Anti-Pfingsten**“ angebrochen, sagt er, denn Europa zerbreche in „viele kleine Wirs“. Wörtlich schreibt Prantl:

*Es ist kurios, dass sich der Abschottungs-Ungeist in Europa als christlicher Geist aufbläst, der das christliche Abendland retten soll. Weil Pfingsten ist, darf es gesagt sein: Der kühne Gedanke der ersten Christen war ein anderer. „Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, Sklaven und Freie – denn ihr alle seid ‚eins‘ in Christus.“ Das ist ein Satz von Paulus, der Völkerapostel genannt wird, weil er den christlichen Glauben nach Europa brachte. Den Juden sei er ein Jude und den Griechen ein Grieche geworden, sagte er von sich. Die vermeintlich natürlichen Identitäten werden nicht anerkannt. Das ist christliche und humanistische Identität. Ein in diesem Geist (nicht in einer Religion!) vereintes Europa wäre ein pfingstliches Europa.*

In der Tat macht es mir große Sorgen, wie sich Europa entwickelt – nicht wegen des European Song Contest –, sondern weil in dem eben zitierten Zeitungskommentar ja eine berechtigte Sorge zum Ausdruck kommt. Ein vereintes, friedliches, **von einem gemeinsamen Geist getragenes Europa** stellen wir gerade nicht dar.

Diejenigen, die in Dresden und andernorts meinen, das „christliche Abendland“ in europafeindlichen und **ausländerfeindlichen Aufmärschen** zu verteidigen, sind in Wahrheit dem Christentum so fern wie es nur geht. Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit haben nichts aber auch gar nichts mit dem Geist der Nächstenliebe und der Versöhnung zu tun. Ich bin dankbar, dass die Kirchen und die Diakonie, dass auch die anderen Wohlfahrtsverbände, dieses so klar und deutlich öffentlich gesagt haben und dass sie sich so deutlich diesem Ungeist entgegen gestellt haben.

Einen **europäischen Geist** der Toleranz und der Humanität zu leben und zu verwirklichen, das ist nicht nur eine Aufgabe für die Politik, sondern auch für die Kirchen und für die europäisch vernetzte Diakonie. Kirchen sind global player, sie arbeiten international und haben gerade in der aktuellen Flüchtlingssituation oft länderübergreifend helfen können. Und sie haben die Politik für die humanitäre Katastrophe sensibilisiert.

Auf der europäischen Ebene ist es gerade für die deutschen **Wohlfahrtsverbände** eine Herausforderung, unser bewährtes und erfolgreiches System der **Subsidiarität** zu erhalten. Denn Europa kennt oft nur staatliche oder private Leistungen. Dass in Deutschland durch den dritten Sektor die Wertevielfalt der Träger ein wichtiges Charakteristikum der sozialen Arbeit ist, das muss man Europäischen Gerichten oft noch erklären.

Ich bin überzeugt, dass die Frage, wie wir in Deutschland und Europa künftig **Religionsfreiheit** leben werden, wesentlich darüber entscheiden wird, wie gut wir zusammen leben können.

Hier finden wir in den einzelnen Staaten schon aus historischen Gründen ganz unterschiedliche Modelle. Unser deutsches Verhältnis der **Trennung von Staat und Kirche** bei gleichzeitig einer **religionsfreundlichen Grundhaltung** erweist sich meines Erachtens gerade jetzt als sehr geeignet, eine größere **Vielfalt der Religionen**, die sich bei uns entwickelt, aufzunehmen. Das hat auch kürzlich der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration wissenschaftlich festgestellt. Das Jahresgutachten 2016 hat die religiöse Vielfalt im Einwanderungsland Deutschland als Schwerpunkt. Das Fazit der Sachverständigen

lautet, die deutsche Politik der **Religionsfreundlichkeit** habe sich als integrationsfördernd bewährt, wenn auch offene Fragen bleiben.

### III. Religiöse Vielfalt und Islam

Was heißt das konkret für den Umgang mit dem **Islam**?

Ich meine, Muslimas und Muslime, die hier leben, gehören zu Deutschland. Und damit gehört auch ihr Glaube, der **Islam**, zu Deutschland. In Deutschland leben etwa 4 Millionen Muslime, genau kann man das nicht feststellen, weil es nicht erfasst wird, etwa die Hälfte von ihnen hat die deutsche Staatsbürgerschaft. Das entspricht einem Bevölkerungsanteil von 5 Prozent Muslimen. Im Vergleich: es gibt etwa 24 Millionen Katholiken und 23 Millionen Protestanten in Deutschland. In den Städten und Gemeinden in Deutschland gibt es 45.600 Kirchen und 2.803 Moscheen (alle Zahlen: SVR).

Auch wenn seit vielen Jahren Bürgerinnen und Bürger muslimischen Glaubens in Deutschland leben, tun sich viele damit immer noch schwer. Dem Satz „**Der Islam gehört zu Deutschland**“ haben in der Studie des Sachverständigenrates unter den Befragten ohne Migrationshintergrund zwar 46,9 Prozent zugestimmt, aber 53,1 Prozent, also eine leichte Mehrheit, hat nicht zugestimmt.

**Deutschland ist religiös vielfältiger geworden.** Wie wir es in Deutschland schaffen, diese Vielfalt und dabei besonders den Islam in unsere Gesellschaft besser zu integrieren als bisher, das ist die entscheidende religionspolitische Frage unserer Zeit.

Es ist eine besondere Herausforderung, wie der **Rechtsstatus** der muslimischen Gemeinden geregelt werden wird. Da sich der Islam nicht als Kirche, sondern als Religion versteht, und sich anders als die evangelische und katholische Kirche organisiert, müssen wir hier nach geeigneten Wegen suchen. Seit 10 Jahren gibt es nunmehr den organisierten Dialog in der **Deutschen Islamkonferenz**, der wichtige, auch ganz praktische Fragen wie z. Bsp. den gemeinsamen Schwimmunterricht in der Schule behandelt – aber die entscheidenden Weichen stellen die Bundesländer. Auch hier in **Niedersachsen** wird ja zur Zeit – wie ich höre durchaus kontrovers – über einen **Staatsvertrag** mit den Muslimen diskutiert.

Dabei müssen auch die **islamischen Verbände** überlegen, wie sie sich transparent organisieren, ihre Mitgliederstruktur nachvollziehbar abbilden und ihre Vertretung in Deutschland legitimieren. Es wäre ein Vorurteil zu behaupten, dies sei nicht möglich. Es wird dazu sicherlich einen längeren Prozess geben, und es ist gut, wenn sich selbstorganisierte Strukturen entwickeln. Ziel ist, dass der organisierte Islam in seiner ganzen Vielfalt Teil unserer Gesellschaft mit allen **Rechten und Pflichten** ist. Das Grundgesetz verpflichtet den Staat, alle Religionen gleich zu behandeln.

Im allgemeinen Diskurs folgt an dieser Stelle immer der Hinweis, dass sich die zu uns Kommenden an unsere **Werte** halten müssen. Ja, das stimmt. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, gewaltfreie Erziehung, Presse- und Meinungsfreiheit, Toleranz und Demokratie gehören unverhandelbar zu unserem Leitbild und bestimmen unser **Grundgesetz**. Das Grundgesetz gilt für alle und das meinen wir ernst in Deutschland. Aber ich will ausdrücklich sagen: **für alle**.

Denn bei allen Appellen an die Flüchtlinge: das Grundgesetz und die in ihm verankerten Werte gelten auch für die hier Aufgewachsenen. Seit Jahresbeginn gab es 45 **Brandanschläge** auf Flüchtlingsunterkünfte, die verbale Gewalt gegen Flüchtlinge im Internet steigt an, und wir wissen: Sprache beeinflusst Taten. Deshalb gilt die Verpflichtung auf unsere Grundwerte für alle, seien sie hier aufgewachsen oder zu uns gekommen.

Seit kurzem werden in Deutschland erstmals islamische Theologinnen und Theologen ausgebildet. Das ist ein enormer Fortschritt, sie werden künftig die innerislamische Diskussion in Deutschland bereichern und Gesprächspartnerinnen und -partner im wissenschaftlichen Diskurs sein. Und sie werden an deutschen Schulen islamischen **Religionsunterricht** erteilen. Ich halte das für sehr wichtig, damit die muslimischen Kinder nicht außen vor bleiben, wenn „Reli“ im Stundenplan steht. Der Bedarf danach ist da, Politik und Gesellschaft haben Jahrzehnte zu spät reagiert, aber alle Bundesländer entwickeln jetzt Konzepte.

Als ich neulich die – wie ich dachte selbstverständliche – Forderung in der Presse geäußert habe, dass es an allen **Schulen** auch islamischen Religionsunterricht geben soll – neben dem christlichen, dem jüdischen und neben verschiedenen Formen von Ethik, Philosophie und Lebenskunde – als ich diese einfache Forde-

rung aufgestellt habe, habe ich ein großen „Shitstorm“ von Islamhassern, Rechts-extremen und allerlei aggressiv im Internet marodierenden Leuten geerntet. Das zeigt, wie viel noch zu tun ist.

Dennoch: Wir haben **keinen Kulturkampf** in Deutschland. Aber wir müssen anscheinend alle miteinander lernen, wie wir in einem vielfältiger gewordenen Land gut und friedlich miteinander leben können.

Die **Kirchen** sind in dieser Frage deshalb gefordert, weil mit der Debatte über die Einbindung des Islam in unser Religionsverfassungsrecht auch ihre Rechte wieder neu diskutiert und von nicht wenigen in Frage gestellt werden. Da gilt es selbstbewusst auf die Erfolge und die positive Rolle in der Gesellschaft zu verweisen. Aber das heißt nicht, dass alles beim Alten bleiben kann.

Die **Diakonie** muss sich der Debatte um interkulturelle Öffnung ihrer Einrichtungen und Dienste stellen, dazu gehört die Öffnung für nichtchristliche Mitarbeitende. Das beinhaltet auch arbeitsrechtliche Fragen, dafür wird gerade die **Loyalitätsrichtlinie** der EKD überarbeitet und ich bin durchaus dafür, sie noch weiter zu öffnen. Die Diakonie muss sich auch der Debatte um einen **islamischen Wohlfahrtsverband** stellen, denn der Bedarf ist wahrnehmbar.

#### **IV. Zusammenhalt und soziale Teilhabe**

Unser Land will **Heimat werden** für die, die zu uns geflohen sind. Und unser Land soll **Heimat bleiben** für die, die hier aufgewachsen sind. Deshalb will ich als vierten – und letzten – Punkt den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und die soziale Teilhabe ansprechen.

Denn es sind ja in den Umfragen gerade die Menschen aus der „abgehängten Mitte“, wie das die Soziologen nennen, die Angst vor dem Abstieg haben. Und wir erleben, dass z. B. **Langzeitarbeitslose**, arme Menschen und solche, die keine Chance für sich sehen, leicht gegen Flüchtlinge aufzubringen sind. Deshalb ist eine Leitlinie so wichtig: gerade wenn wir aktuell viel Zeit, Geld und Energie in die Integration der Flüchtlinge investieren, dürfen die Menschen, die hier aufgewachsen sind und unsere Hilfe brauchen, nicht weniger Unterstützung, Zeit und



Zuwendung bekommen. „**Niemanden zurück lassen**“, das muss die Devise sein. Das gilt für die Arbeit der Kirche und der Diakonie genauso wie für die Politik.

Zum Glück haben wir eine **wirtschaftliche Lage** mit hohen Steuereinnahmen, die es erlaubt, zusätzliche Stellen in Jobcentern, beim BAMF, bei der Polizei und in den Kommunen für die Betreuung der Flüchtlinge aufzubauen. Die Herausforderungen der Integration haben in den letzten Monaten sogar für ein kleines Wirtschaftswachstum und für viele zusätzliche Arbeitsplätze gesorgt.

Doch das ändert nichts daran, dass wir weiterhin eine Million **Langzeitarbeitslose** in Deutschland haben, eine Zahl die einfach nicht sinkt, weil es eben so schwierig ist, Menschen, die lange fern vom Arbeitsmarkt waren, wieder dorthin zu vermitteln. Deshalb sage ich ganz klar. **Jetzt erst recht** müssen wir noch mehr tun für die Menschen die abgehängt sind oder sich abgehängt fühlen, mehr soziale Teilhabe, mehr Integration in unsere Gesellschaft gerade für diejenigen in Armut, Krankheit oder Obdachlosigkeit. Wann, wenn nicht jetzt, haben wir die Chance dazu?

Gerade deshalb ist es jetzt so wichtig, dass wir die Programme für **Langzeitarbeitslose** nicht nur weiter führen, sondern dass wir sie ausweiten und deutlich machen: Keiner wird vergessen. Das betrifft auch **Jugendliche**, die Probleme mit dem Start ins Arbeitsleben haben.

Ich hoffe, dass die Diakonie das von ihr entwickelte Konzept des „**Passiv-Aktiv-Transfers**“, offensiv weiter vertritt und einfordert. Das heißt, das mit dem Geld, das in „Hartz IV“ als Sozialleistung ausgezahlt wird, plus einem kleinen Zuschuss **aktivierende Maßnahmen** finanziert werden, dass Menschen in eine Tagesstruktur, in soziale Kontakte und auf dem Weg in Erwerbsarbeit gebracht werden. Das ist allemal besser, als Passivität zu fördern, denn auch das macht krank. Also, liebe Diakonie: bleiben Sie dran! Wir stoßen in der Regierungskoalition noch immer auf Widerstand beim Finanzminister, aber alle Experten haben dieses Konzept als sinnvoll erachtet.

Aus den Projekten der Arbeit mit Langzeitarbeitslosen wissen wir, dass es oft erst einmal um eine **Stabilisierung für den Alltag** geht, um Kompetenzen, sein Leben wieder auf die Reihe zu bekommen, die Kinder zu versorgen und sein Selbstwertgefühl zurück zu gewinnen. Ich wünsche mir, dass gerade die **Kirchen** in dieser

Debatte zu hören sind und ihr Menschenbild einbringen, in dem es eben nicht nur um den ökonomischen Nutzen geht, sondern darum, dass der Mensch an sich wertvoll ist und die Würde der Arbeit jeder und jedem zusteht.

Eine Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt wird für viele dieser Menschen sehr lange dauern, vielleicht auch gar nicht möglich sein. Und wenn wir ehrlich sind, wissen wir, dass viele gar nicht mehr in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden. Wir brauchen deshalb einen zusätzlichen **sozialen Arbeitsmarkt** mit öffentlich geförderter Beschäftigung.

Menschen am Rande der Gesellschaft, das sind auch Menschen mit **psychischen Erkrankungen**. Sie werden zu oft vergessen, obwohl Depression inzwischen eine Volkskrankheit geworden ist, die etwa 5 Prozent der Bevölkerung erleiden. Es geht schließlich auch um Menschen mit besonderen Bedürfnissen, mit **Behinderungen** und das sind in zunehmendem Maße auch **alte und pflegebedürftige** Menschen.

**Neulich** ist die erste **Lego-Figur im Rollstuhl** auf den Markt gekommen. Ein Junge im Rollstuhl – natürlich mit Mütze, die trägt man ja Winter wie Sommer, weil das cool ist – gehört zum neuen City-Set. Lego hat anscheinend auf eine Petition reagiert, mit der über 20.000 Menschen gefordert haben, auch Kinder mit Behinderung beim Spielzeug zu berücksichtigen. Denn in der Tat: die **Inklusion** von Menschen mit Behinderung ist eine überfällige Aufgabe, die wir als Gesellschaft zusammen leisten müssen. Eine menschliche Gesellschaft ist immer eine inklusive Gesellschaft. Der Entwurf für ein **Bundesteilhabegesetz** ist gerade vorgelegt worden. Wir wollen den besonderen Belangen und Bedürfnissen behinderter Menschen gerecht werden. Die Richtung geht von der Ausgrenzung zur Inklusion, von der Einrichtungszentrierung auf die Personenzentrierung, von der Fremd- zur Selbstbestimmung, vom Kostenträger zum Dienstleister, von der Defizit- zur Ressourcenorientierung. Ich weiß, dass viele noch viel mehr wollen und es gab deswegen schon Proteste gegen das Gesetz. Aber ich stehe dazu, es ist ein großer Schritt vorwärts, auch wenn wir noch nicht am Ziel sind.

Für die **Diakonie** bedeutet das durchaus Veränderungen: die echte **Inklusion** von Menschen mit Behinderung, neue Anforderungen an die Betreuung **demenziell** erkrankter Menschen, Pflegebedarf angesichts weit verstreut lebender Familien,

der Wunsch nach mehr **ambulanten** Angeboten. Das sind große Aufgaben. Dafür sind neue Formen nötig. Ich sehe mit großem Respekt, dass Sie den Weg von den großen Einrichtungen, Anstalten, wie sie früher hießen, zu **sozialraumorientierter Arbeit** mit einer Präsenz mitten in den Städten und Dörfern eingeschlagen haben.

**Diakonie und Caritas** sind mit insgesamt über einer Million Mitarbeitenden wichtige und große Arbeitgeber. Der Bereich der sozialen, pflegerischen und pädagogischen Arbeit ist unter Finanzierungsdruck. Sie hier in Niedersachsen können davon sicherlich viel berichten, denn hier hat in den letzten Jahren der Konflikt zwischen der Diakonie und der Gewerkschaft ver.di um den richtigen Weg getobt. Ich hoffe immer noch, dass es in Niedersachsen zu einem **Branchentarif Soziales** kommt, der echte Wegmarken für bessere Bedingungen für die soziale Arbeit setzt. Die Gewerkschaft auf der einen und die Diakonie mit ihrer Kirche auf der anderen Seite sind aufeinander zugegangen. Eine Erfolgsgeschichte nach schwerem Streit. Es geht also doch!

Die **soziale Arbeit** der Kirchen und ihrer Wohlfahrtsverbände ist für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Sie prägt unser Zusammenleben. Bei allen diesen Herausforderungen sind Sie als Kirche und Diakonie entscheidende **Partnerinnen der Politik**. Sie sind auch aufgrund ihrer vielfältigen praktischen Erfahrungen für uns wichtige Experten in den sozialpolitischen Fragen. Sie sind selber politischer Akteur in den Debatten über die richtige Politik gegen Armut und Langzeitarbeitslosigkeit, für bessere Pflege und Betreuung.

Was aber mindestens ebenso wichtig ist: Sie sind nicht nur Träger von Einrichtungen, sie sind auch immer wieder die **Stimme der Bedrängten**, die auf Missstände aufmerksam macht, die wir Politiker vielleicht schon aus den Augen verloren haben. Als Kirche sind Sie Anwalt der Schwächsten, der Flüchtlinge etwa, all derjenigen, die sonst keine eigene Stimme und keine Lobby haben, die sonst vielleicht gar nicht in der Politik vorkämen. Das ist ein **Schatz** in unserer und für unsere Gesellschaft, den niemand gering achten sollte.

Für all das **danke** ich Ihnen allen sehr herzlich! Bleiben Sie so engagiert, so aktiv, so parteiisch im besten Sinne. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit!